



Antwort zur Anfrage Nr. 0154/2012 der SPD-Ortsbeiratsfraktion betreffend  
**Umbenennung Deutschhausplatz (SPD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

*1. Wieso leitet die Kulturverwaltung den Umbenennungsvorgang nicht durch Verwaltungsvorlagen im Kulturausschuss, Ortsbeirat und Stadtrat ein?*

Mit Schreiben vom 16.08.2011 an Frau Ortsvorsteherin Brede-Hoffmann wurde mitgeteilt, dass die Verwaltung entsprechend des Ortsbeiratsbeschlusses die Namensänderung des Deutschhausplatzes und des Ernst-Ludwig-Platzes in „Platz der Mainzer Republik“ grundsätzlich umsetzen will. Auf Grund der städtebaulichen, gestalterischen und funktionalen Unterschiede beider Platzbereiche sollte vorerst lediglich der Deutschhausplatz umbenannt werden.

Die Verwaltung führte des Weiteren aus, dass, sobald ein nachhaltiges Nutzungskonzept für das Kurfürstliche Schloss sowie den Ernst-Ludwig-Platz entwickelt ist, über eine Namensänderung dieses Platzbereiches nachgedacht werden kann. Darüber hinaus hatte der Herr Ministerpräsident mit Schreiben vom 09.08.2011 die Umbenennung des Ernst-Ludwig-Platzes zwar ausdrücklich begrüßt, jedoch auf die Anregung des Römisch-Germanischen Zentralmuseums verwiesen, diese Umbenennung mit dem Umzug des RGZM in den Neubau zu verknüpfen.

Entsprechend dieses Hinweises und des Vorschlags von Frau Ortsvorsteherin Brede-Hoffmann, vorab nur den Teil des Deutschhausplatzes umzubenenen, von dem nur wenige Anlieger betroffen sind, fanden die angekündigten klärenden Gespräche statt. Das Umbenennungsverfahren wurde daraufhin mit Schreiben vom 07.09.2011 an die Anlieger eingeleitet. Die wenigen betroffenen Anlieger zeigen sich in ihren Stellungnahmen sehr kritisch bzw. ablehnend.

Die Verwaltung prüft daher zurzeit, welche Lösungsmöglichkeiten denkbar sind, um den Beschluss des Ortsbeirats so umzusetzen, dass die o.g. Anlieger von einer Umbenennung des Deutschhausplatzes nicht tangiert werden. Die Verwaltung beabsichtigt, mit einer entsprechenden Beschlussvorlage diesen Lösungsvorschlag den Gremien (Ortsbeirat Mainz-Altstadt am 14.03.2012, Kulturausschuss am 22.03.2012 und Stadtrat am 28.03.2012) zu unterbreiten.

2. *Welche Hinderungsgründe liegen weit mehr als 2 Jahre nach dem ersten Beschluss des Ortsbeirates vor, die die Verwaltung an der Umsetzung des Beschlusses hindern?*

Siehe Antwort zu Ziffer 1.

3. *Wann beabsichtigt die Verwaltung, endlich dem Willen des Ortsbeirates und den eigenen Versprechungen dem Landtagspräsidenten gegenüber Folge zu leisten?*

Siehe Antwort zu Ziffer 1.

Mainz, 24.01.2014

Marianne Grosse  
Beigeordnete